

Luzern, 3. November 2009

## **17. internationales Europa Forum Luzern erfolgreich beendet**

### **„Wir müssen internationale Regeln akzeptieren“**

**„Politisch wird die Musik derzeit in London und New York gespielt. Die hohe Verschuldung der G-20-Staaten erklärt den harten Wettbewerb zwischen den Ländern um öffentliche Einnahmen. Wir müssen uns diesem Wettbewerb stellen“, meinte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz zur Eröffnung des öffentlichen Abends anlässlich des Europa Forum Luzern vor über 1'000 Teilnehmenden.**

In seinem Referat skizzierte er die geplanten Reformen zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Steuersystems. Er kämpfe weiterhin für den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. In der Unternehmenssteuerreform seien diverse Entlastungen für juristische Personen vorgesehen. Im Rahmen der erweiterten Amtshilfepolitik werde im konkreten, begründeten Einzelfall auf Anfrage auch bei Steuerhinterziehung international erleichterte Amtshilfe geleistet. Das Bankgeheimnis im Inland sei davon aber nicht betroffen. Die von der Schweizerischen Bankiervereinigung aufgegleiste Abgeltungssteuer sei ein interessantes Projekt, dessen Vor- und Nachteile derzeit von seinem Departement geprüft werden. Zum Schluss wies er noch auf die bereits beschlossenen Steuerreformen für Familien hin, die anfangs 2011 in Kraft treten. Im folgenden Kurzinterview erklärte der Bundespräsident seinen Standpunkt zum Vorgehen gegenüber Italien. „Wir standen kurz vor einem Doppelbesteuerungsabkommen, bevor Italien die Steuer-Amnestie beschloss. Nun wollen wir zuerst wissen, welche Strategie Italien nachher fahren will. Unser Ziel ist klar: die Schweiz gewährt Italien OECD-Recht. Was nicht akzeptiert werden kann ist, wenn ein Land durch einen Staatsvertrag das Bankgeheimnis knacken will“.

## **Fairer und grenzüberschreitender Steuerwettbewerb**

Ingemar Hansson, Staatssekretär des schwedischen Finanzministers, skizzierte die Steuerpolitik der EU in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Die EU-Mitgliedstaaten befänden sich zurzeit in einer schwierigen Lage. Die Überalterung der Bevölkerung und riesige Defizite aufgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwingen wohl einige Staaten zu drastischen Massnahmen. Auch Steuererhöhungen seien nicht auszuschliessen. Die meisten EU-Mitgliedsländer würden 2010 ein höheres Staats-Defizit, als die erlaubten drei Prozent ausweisen. Er sehe dagegen weltweit einen klaren Trend zur Senkung der Unternehmensbesteuerung. Der Liechtensteinische Regierungschef Klaus Tschütscher meinte, man müsse sich der Herausforderung des fairen Steuerwettbewerbs in Zeiten des Wandels stellen. Mit den ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen habe das Fürstentum Liechtenstein die Erhaltung und den Ausbau der Rechtssicherheit und Rechtshoheit im Einklang mit der Wahrung der Privatsphäre unter einen Hut gebracht. Er forderte einen transparenten, gleichberechtigten und partitativen Ansatz im Steuer-Wettbewerb und kündigte an, dass sein Land Mitglied beim Global Forum der OECD werde. Patrick Odier, der neue Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, warb in der Gesprächsrunde über die Steuerpolitik in und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Abgeltungssteuer. Damit könne jeder Ausländer automatisch seine Steuerpflicht seiner in der Schweiz geparkten Vermögen in seinem Heimatland erfüllen. Der Nidwaldner Ständerat Paul Niederberger ortet den grössten Handlungsbedarf in den nächsten 12 Monaten bei der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Bürger und Staat: „Die Angst vor dem Fiskus muss abgebaut werden, dazu müssen die EU-Länder zuerst in ihren eigenen Häusern Ordnung schaffen“. EU-Botschafter Reiterer konterte, dass es immer einfacher sei, das Problem vor der Türe der anderen abzulagern. Man war sich in der Runde einig, dass die Staaten noch vor grossen Herausforderungen stehen und dass das Thema uns alle noch länger beschäftigen werde.

## **Zwischen Eigenständigkeit und Anpassung**

In der nachmittäglichen Podiums-Diskussion sprach die Zürcher Volkswirtschaftsdi- rektorin Rita Fuhrer über das Geheimnis erfolgreicher Verhandlungen: man müsse die verschiedenen Staats-Kulturen in die Kommunikation einbeziehen, die Diskussi- on mit den richtigen Partnern führen und Gesprächsmöglichkeiten produktiv nutzen. Auf die Frage des Diskussionsleiters Thomas Wyss, ob denn die Schweiz nicht über den Tisch gezogen werde, meinte Botschafter Alexander Karrer, Leiter internationa- le Finanzfragen im EFD dazu: „Die Steuerpolitik bewegt sich in einer globalen Welt stetig. In diesem Spannungsfeld muss Rechtssicherheit gewährleistet sein“. Und er meinte weiter, damit die Schweiz international eine gewisse Akzeptanz erhalte, müssen Anpassungen möglich sein. Wyss wollte von der Novartis- Steuerverantwortlichen Barbara Kessler wissen, wie sie die Gefahr der umfassenden Informationspflicht bezüglich sensibler Angaben einschätze? Kessler dazu: „Auch wenn die Verantwortlichen das Prozedere noch nicht völlig durchgedacht ha- ben, für die produzierende Industrie in der Schweiz sind die Nachteile nicht sehr gewichtig, die Vorteile überwiegen. Die Frage stellt sich, führt die Informationspflicht unter Umständen zur Verletzung von Geschäftsgeheimnissen? Die Industrie ist auf gute Doppelbesteuerungsabkommen angewiesen, es gibt ja auch Vorteile, zum Bei- spiel die Einführung einer Schiedsgerichtsklausel. Für internationale Firmen ist die Rechtssicherheit in der Schweiz zurzeit sehr schwierig zu beurteilen. Es weiss nie- mand, wohin die Reise geht, die Unternehmensbesteuerung ist erst angedacht, die Lage noch sehr unsicher.“ Zum Abschluss dieses Podiums forderte Christoph Schaltegger, Leiter Finanzen von economiesuisse: „Wir müssen die Baustellen zü- glich und lösungsorientiert angehen. Die zentralen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) müssen vom Parlament bewilligt und das DBA-Netzwerk weiter ausgebaut werden. Wir benötigen einen sauberen Finanzplatz Schweiz ohne Versteckspiele und die Rechtssicherheit aus internationaler Sicht muss wieder erlangt werden“.

## **Ausblick auf 2010**

Das 18. internationale Europa Forum Luzern wird sich dem Thema Souveränität widmen. Hintergrund ist der Trend zur wirtschaftlichen Globalisierung, zu bilateralen und multilateralen Staatsverträgen sowie eine vertiefte zwischenstaatliche Vernetzung über supranationale Organisationen. Dies schafft neue Abhängigkeiten. Das traditionelle Souveränitätsverständnis eines Staates wie der Schweiz muss überdacht werden. Das Symposium vermittelt einen Überblick über die heute international erkennbaren Trends staatlicher und institutioneller Souveränität und Interessen. Die aktuelle Lage der "schweizerischen Souveränität" wird anhand konkreter Politikbereiche ausgeleuchtet und daraus mögliche künftige Handlungsspielräume für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft abgeleitet. Die Tagung findet am Montag, 26. April 2010 im KKL Luzern statt. Unter anderen wird Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mitwirken.

\* \* \*

Informationen und Bilder zur Tagung\* sind abrufbar unter  
[www.europa-forum-luzern.ch](http://www.europa-forum-luzern.ch) Verzeichnis Medien, Aktuell

\* freie Verwendung mit Quellenangabe

Weitere Informationen für Medienschaffende erteilt gerne:

KommunikationsWerkstatt GmbH, Beatrice Suter

Tel. +41 (0) 79 211 10 44, [suter@kommunikationswerkstatt.ch](mailto:suter@kommunikationswerkstatt.ch)